



Dr. Stefanie Hubig

BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37
10117 BERLIN
TELEFON 030 / 18-580-9000

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

25. Juni 2026

An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

per E-Mail

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zur Stärkung unserer Justiz und zur Sicherung der Handlungsfähigkeit unseres Staates ist uns heute ein bedeutender Schritt gelungen: Wir haben uns auf einen neuen **Pakt für den Rechtsstaat** geeinigt!

Grundvoraussetzung für einen starken Rechtsstaat ist eine leistungsstarke, verlässliche und effiziente Justiz: Wir brauchen zügige Gerichtsentscheidungen in Planungsverfahren, damit die Investitionen in unsere Infrastruktur fließen können. Wir brauchen eine handlungsfähige Strafjustiz, um den veränderten Kriminalitätsmustern des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Und wir brauchen eine leistungsfähige Zivilgerichtsbarkeit. Denn wer Recht hat, muss auch Recht bekommen – egal ob im Nachbarschaftsstreit, im Bauprozess oder in mietrechtlichen Fragen.

Der Beschluss zum neuen Pakt für den Rechtsstaat ist herausragend, weil er trotz angespannter Haushaltslage an der richtigen Stelle investiert: Der Bund wird mit rund einer **halben Milliarde Euro den Ausbau von Personal und Digitalisierung der Justiz unterstützen** – und damit seine finanziellen Anstrengungen gegenüber den letzten beiden Legislaturperioden verdoppeln.

Wir investieren 240 Millionen Euro in die Anschubfinanzierung von neuen Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, ebenso wie neuer IT-Fachleute.

Denn Rechtsstaatlichkeit darf es nicht nach Kassenlage geben. Es gibt rund eine Million offene Verfahren, die die Staatsanwaltschaften vor sich herschieben. Weitere 210 Millionen Euro sollen in die Digitalisierung der Justiz investiert werden: für eine bundeseigene Justizcloud, für KI-Tools zur Beschleunigung von Arbeitsschritten und für einen niedrighschwelligen digitalen Zugang zum Recht.

Außerdem modernisieren wir die **Verfahrensordnungen. Damit gerichtliche Verfahren zeitgemäß und zügig durchgeführt werden können.** Zusammen können bessere Digitalisierung, mehr Personal und moderne Verfahrensordnungen entscheidend dazu beitragen, die Verfahrenslut in den Griff zu bekommen und die Verfahren zu beschleunigen. Ich bin überzeugt, das macht einen spürbaren Unterschied: Für Eltern, die das Sorgerecht mit ihren Kindern neu regeln müssen, für Opfer von Straftaten, die Sicherheit brauchen, für Unternehmer, die für ihre Investitionen auf Rechtssicherheit zählen.

Dieser Beschluss ist herausragend, weil so viele ihn tragen: die Koalitionäre im Bund genauso wie alle Landesregierungen – gleich welcher politischen Farbe. Der Pakt stand schon lange auf der rechtspolitischen Agenda. Die Einigung hat auch den Ländern viel abverlangt, gerade, weil der Bund zu Recht nur eine Anschubfinanzierung leistet. Gemeinsam ist es nun gelungen, einen Kompromiss zu finden, der allen nützen wird.

Dieser Kompromiss ist außerdem herausragend, weil er das Fundament unserer Demokratie stärkt. **Denn der Rechtsstaat regelt, wie wir streiten – und wie wir uns einigen.** Und so stärken wir mit unserer Einigung zum Pakt für den Rechtsstaat auch den Kompromiss an sich – und damit das Wesen der Demokratie.

Ich danke allen, die den neuen Pakt für den Rechtsstaat möglich gemacht haben. Ihr Einsatz hat gezeigt, dass wichtige Reformen gelingen, wenn gemeinsame Ziele über Einzelinteressen gestellt werden. So gestalten wir die Zukunft unseres Rechtsstaats.

Herzliche Grüße,

Ihre



Dr. Stefanie Hubig